Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Saller. Verlagsleiter: Rudolph Gothner. Stellvertretende Chefredakteure: Fred Hansch, Josef Ollig. Chefs vom Dienst: Rudolf Brüning, Manfred Schwark. Chefreporter: Wolfgang Fricke. Verantwortlich für den Inhalt: Politik: Günther Genske; Dr. Erich Hoepfner (Inland), Dr. Gisela Schoeler (Ausland). Lokales: Wolfgang Schmidt. Stadtteile: Walter Künkler. Sport: C. F. Mossdorf. Feuilleton und Film: Eberhard v. Wiese. Kulturpolitik: W. M. Herrmann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader. Mode und Frau: Liselotte Alverdes, Frauke Sello. Wirtschaft: Dr. J. Panteburg. Schiffahrt: Dipl.-Volkswirt H. H. Kroll. Allgemeines: K. Lorch. Bilder: Marie-Luise Dalchow. Sonderredaktion: Dr. Hildegard Damrow. Ost-Reportage: Egbert A. Hoffmann. Gestaltung: Karl Gröning jr. Herstellung: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2050 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann. Vertriebsleiter: Walter Ewald

Schlagt nach im Handbuch!

Ein deutscher Parlamentarier braucht nicht unbedingt das Grundgesetz unter dem Arm zu tragen, um jederzeit seine einschlägigsten Bestimmungen nachlesen zu können. Er kennt sie auswendig. Er weiß zumindest von seinen Rechten und seinen Pflichten. Er ist über alles im Bilde, was die Verfassungsväter vor nunmehr 19 Jahren über seine Funktionen und Aufgaben niederlegten. Da ist zum Beispiel der Artikel 48, Absatz 3: „Die Abgeordneten haben Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung."

Es wird niemanden geben, der den gewählten Volksvertretern diesen Anspruch streitig machen wollte. Es erhebt sich nur die Frage, wieviel denn ein Abgeordneter braucht, um seine Unabhängigkeit nicht gefährdet zu sehen. Wenn es stimmt, daß ein Parlamentarier heute monatlich rund 4000 DM — dazu noch steuerfrei! — erhält, dann sollte man meinen, das sei nicht zuwenig. Selbst nach Abzug der Unkosten (weicher Bürger hat sie nicht!) bleibt genügend übrig, um dem Artikel 48, Absatz 3, gerecht zu werden. Daß die Abgeordneten dennoch kraft ihres eigenen Stimmrechts von Zeit zu Zeit ihre Diäten aufbessern, kann ihnen nicht verübelt werden. Auch Preise, Löhne und Gehälter ziehen an.

Heikel und heiß wird das Thema erst bei der Frage, ob die Volksvertreter auch Anspruch auf eine gesetzliche Altersversorgung, auf eine Art Staatspension haben sollen. Hier scheiden sich die Geister (weniger im Parlament als in der Öffentlichkeit). Mit seltener Einmütigkeit hat der Bundestag in dieser Woche einen Gesetzentwurf, der eine Altersversorgung vorsieht, an die Ausschüsse weitergeleitet. Mit seiner Verabschiedung ist zu rechnen. Gewiß ist eine solche Versorgung notwendig, aber doch nur für jene, die beim Einzug ins Parlament alles aufgeben, was ihnen am Lebensabend eine Sicherheit bietet. Das aber sind nicht allzu viele.

Man braucht nur einmal im amtlichen Handbuch des Bundestages nachzuschlagen, um festzustellen, daß ein großer Teil der Abgeordneten bereits voll altersversorgt ist, zum Beispiel alle Beamten. Andere sind Angestellte, also wahrscheinlich ebenfalls ausreichend altersversorgt, andere sind Bezieher hoher Einkommen. Für viele Abgeordnete, möglicherweise sogar die Mehrzahl im Bundestag, besteht also für eine zusätzliche Altersversorgung kein echtes Bedürfnis. Das Gesetz, das jetzt in den Ausschüssen beraten wird, wäre demnach auf die Minderheit der Abgeordneten zugeschnitten, soll aber nun nach dem heiligen Gleichheitsprinzip für alle durchgepaukt werden.

Es ist selbstverständlich, daß man nicht nur Bürger ins Parlament lassen sollte, die eigenes Vermögen haben oder eine Beamtenpension erwarten. Die Zeit des Honoratioren-Parlaments ist endgültig vorbei. Heute muß im Normalfall der Politiker die Politik zu seinem Hauptberuf machen. Die Allgemeinheit, der ein Abgeordneter seine Kraft opfert, wird sich nicht versagen, ihn auch im Alter mit einer Pension zu sichern, falls dies — und darauf kommt es an! — im Einzelfall notwendig wird. Eine ausreichende Altersversorgung kann und soll sogar gesetzlich verankert werden. Auf keinen Fall aber sollte sie in Form einer automatischen Pension geschaffen werden. Ein Abgeordneter, der automatisch eine Bundestags-Pension erwarten kann, würde mehr oder weniger zum politischen Beamten. Genau das aber wäre mit der Vorstellung von seiner Unabhängigkeit nicht in Einklang zu bringen.

G. G.

Deutsch-alliierte Arbeitsgruppe gebildet

Zweck: Gemeinsames Vorgehen in der Ostpolitik

Von unserer Bonner Redaktion / SAD

wst. **Bonn, 9. Februar**

Zur Vermeidung von Mißverständnissen und zur Sicherung eines gemeinsamen Vorgehens in der Ostpolitik ist in Bonn eine gemeinsame deutsch-alliierte Arbeitsgruppe gebildet worden.

Der zwecküchig tagenden Arbeitsgruppe gehören der Leiter der zweiten politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Rüte, und die Gesandten in den Botschaften der drei Westmächte an. Ihre Beratungen sollen die volle Unterrichtung und Konsultation der Verbündeten gewährleisten. Damit berücksichtigt Bonn vor allem einen Wunsch Washingtons, das in allen Fragen der Sicherheit und des Verhältnisses zwischen dem Westen und der Sowjetunion den Vorrang der USA gewahrt sehen möchte.

Der Hinweis auf diesen Wunsch der amerikanischen Regierung war auch in dem Bericht des deutschen Botschafters in Washington, Knappstein, enthalten, dessen Inhalt in den letzten Tagen durch eine Indiskretion an die Öffentlichkeit gekommen ist.

Inzwischen hat das Auswärtige Amt eine interne Untersuchung angeordnet, um zu ermitteln, wie der Inhalt dieses Berichts an die Öffentlichkeit gelangen konnte. Ein Sprecher des Ministeriums versicherte ausdrücklich, daß es keine andere Stelle mit Ermittlungen beauftragt habe.

Wie der Springer-Auslandsdienst berichtet, erklärte ein Sprecher des US-Außenministeriums gestern abend in Washington, die Bundesrepublik und die für West-Berlin verantwortlichen Alliierten seien sich darüber einig, daß Bonn nicht den Versuch unternehmen sollte, direkt mit den Sowjets über Berlin zu verhandeln. Es gebe keinerlei Meinungsverschiedenheiten darüber, daß für Verhandlungen über Berlin weiterhin die Alliierten zuständig seien.

Sag es mit Musik

Galaempfang im Weißen Haus in Washington: (von links) der britische Premierminister Wilson, US-Präsident Johnson, Frau Wilson und Ladybird Johnson.

Springer-Auslandsdienst - dpa

Washington, 9. Februar

Die britische Verteidigungspolitik in den nächsten Jahren stand gestern im Vordergrund der vierstündigen Besprechungen zwischen Premierminister Wilson und Präsident Johnson im Weißen Haus. Johnson soll versucht haben, bei seinem Besucher eine Milderung der Auswirkungen eines britischen Abzuges „östlich von Suez" zu erreichen.

Die musikalischen Darbietungen im Rahmen eines Galadinners für Wilson waren reich an Anspielungen. Ein Sänger sang das Lied „Auf der Straße nach Mandalay", nach einem von Kipling verfaßten Gedicht. Mandalay lebt in Asien, und in einer Strophe heißt es: „Komm zurück, englischer Soldat, komm zurück." Später brachte derselbe Künstler noch das Lied aus „Porgy and Bess" — („I've got plenty of nothing" („Ich habe nichts, und davon viel").

630 Millionen DM für die Hochschulen

Deutsche Presse-Agentur

Bonn, 9. Februar

630 Millionen DM in diesem und 730 Millionen DM im nächsten Jahr will die Bundesregierung für den Ausbau der bestehenden Hochschulen zur Verfügung stellen.

Diese Zusicherung ist in dem neuen Verwaltungsabkommen zur Förderung von Wissenschaft und Forschung enthalten, das gestern von Bundeskanzler Kiesinger und den Ministerpräsidenten der Länder unterzeichnet worden ist. 1967 hatte der Bund für den Hochschulausbau 530 Millionen DM bewilligt.

Noch nicht einig

Eigener Bericht

Bonn, 9. Februar

Auch der revidierte Entwurf für die Finanzreform, der gestern in Bonn zwischen Bundeskanzler Kiesinger und den Ministerpräsidenten der Länder sowie einigen Bundesministern erörtert worden ist, findet noch nicht in allen Teilen die Zustimmung der Länder.

Weitere politische Berichte auf Seite 17

U Thant will erneut im Vietnam-Krieg vermitteln

Kennedy greift Johnson an / Atempause in Khe Sanh

Deutsche Presse-Agentur - ap

Neu-Delhi/Saigon/Washington, 9. Febr.

Angesichts der blutigen Auseinandersetzungen in Südvietnam hat UNO-Generalsekretär U Thant einen neuen Vermittlungsversuch unternommen. Am Rande der Welthandelskonferenz in Neu-Delhi traf er gestern mit dem nordvietnamesischen Generalkonsul Hoa zu einer Aussprache zusammen. Auf seiner Rückreise nach Amerika wird U Thant in Moskau und dann in London zwischenlanden.

Nordvietnam hat gestern noch einmal seine Bedingung für die Aufnahme von Friedensverhandlungen wiederholt: Einstellung der US-Bombenangriffe auf Nordvietnam und „aller anderen Kriegshandlungen".

Die kommunistische Offensive in Vietnam hat US-Senator Robert Kennedy gestern zum Anlaß genommen, erneut die Vietnam-Politik Johnsons heftig anzugreifen. Er forderte den Präsidenten auf, der Nation endlich die Wahrheit über diesen Krieg „in seiner ganzen schrecklichen Wirklichkeit" zu sagen. !

An der Nordfront Südvietnams läßt die Kampftätigkeit zur Stunde nach. Die alte Kaiserstadt Hue ist allerdings noch immer teilweise von Nordvietnamesen besetzt. Drei Kilometer vor Hue geriet ein aus 15 Fahrzeugen bestehender Nachschubkonvoi der Amerikaner in einen Hinterhalt der Kommunisten und wurde fast völlig vernichtet.

Nach der gestrigen Angriffswelle auf eine vorgeschobene Linie des US-Stützpunktes Khe Sanh herrscht in diesem Gebiet zur Zeit Ruhe. Die eingeschlossenen Verteidiger von Khe Sanh rechnen jedoch mit einem neuen Sturm der Kommunisten auf ihre Befestigungen.

Keine Spur von deutschen Ärzten

Eigener Bericht

hn **Hamburg, 9. Februar**

Keine Verbindung besteht seit Sonntag mit einem deutschen Ärzteteam in Hué, das vermutlich in Gefangenschaft der Vietkong geraten ist. Die Ärzte arbeiten unter der Leitung von Professor Dr. Krainik im Auftrag der Universität Freiburg (Breisgau) an der Medizinischen Fakultät der Universität Hué.

Professor Krainik hält sich mit seiner Frau bereits seit mehr als sieben Jahren in Hué auf. Während des Putsches gegen den früheren südvietnamesischen Staatspräsidenten Diem war er bereits einmal längere Zeit in der Gewalt von Vietkong. Die Namen der beiden anderen Ärzte aus Freiburg, zu denen jetzt keine Verbindung besteht, werden mit Dr. Discher und Dr. Alteköster genannt. Das DRK versucht, über das Internationale Rote Kreuz Verbindung mit den Vermißten aufzunehmen.

Schwestern und Ärzte des Malteser-Hilfsdienstes, der seit Monaten in der südvietnamesischen Hafenstadt Hoi An ein Hospital unterhält, sind wohlauf. Nach Angaben des Generalsekretariats der Malteser in Köln wurde das Hospital in Hoi An — 25 Kilometer südlich von Da Nang — durch die Kämpfe bisher nicht in Mitleidenschaft gezogen.

Seit Beginn der Vietkong-Offensive wurde jedoch das medizinische Personal des Malteser-Hilfsdienstes aus Hoi An nach Da Nang zurückgezogen. Gleichzeitig hat man das Hospital unter vietnamesische Aufsicht gestellt. Über die Lage in Vietnam wird das Kölner Generalsekretariat täglich durch Telegramme informiert.

Axel Springer: Wir bejahen diesen Staat!

Interview des Verlegers im Zweiten Deutschen Fernsehen

Eigener Bericht

HA **Hamburg**, 9. Februar

Der Verleger Axel Springer, Zielscheibe immer neuer Angriffe und berechneter Tiefschläge, stellte sich gestern abend im Zweiten Fernseh-Programm den harten, aber fairen Fragen von Klaus Harpprecht. Als tieferen Grund für die systematische Hetzkampagne bezeichnete er dabei die positive Einstellung seines Hauses zu unserem Staat, der gewiß verbesserungsbedürftig sei, der aber doch die beste Lösung der jüngeren deutschen Geschichte darstelle und ein Höchstmaß an Freizügigkeit sowie nie gekannten Wohlstand garantiere. Diese staatsbejahende Haltung sei einer gewissen außerparlamentarischen Opposition im Wege, deren extremistische Flügel bereits offen den Umsturz propagierten; sie sei ein Ärgernis für eine gewisse Publizistik, die einer auflösenden staats- und gesellschaftspolitischen Dauerkritik huldige.

Auf die „frappanten" Angriffe angesprochen, verwies der Verleger zunächst auf die östliche Vorgeschichte der Anti-Springer-Kampagne, die vor zwei Jahren von der Moskauer „Literaturnaja Gazeta" gestartet und dann von Ost-Berlin lautstark orchestriert worden sei, bevor der amerikanische Zeitphilosoph Marcuse angefangen habe, an der Berliner Freien Universität „das Unbehagen an der Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik" zu lehren. Im Laufe der Zeit sei dann sein Haus geradezu zu einer Symbolfigur des Establishment der Bundesrepublik gemacht worden.

Frage: „Sie haben sich als staatsloyal, wenn auch nicht unbedingt als regierungsloyal bezeichnet. Sie betrachten also diese Bonner Republik als die uns angemessene Staatsform?"

Axel Springer: „Ja, Herr Harpprecht ... Bei aller Kritik im einzelnen glaube ich, daß dieser Staat, der 59 Millionen Menschen Brot und Arbeit gegeben hat, der eine Fülle von Freiheit — ich hoffe immer, daß wir die Freiheit richtig zu nutzen verstehen —, der eine Fülle von Freiheit gegeben hat, der uns einen Wohlstand beschert hat, wie wir ihn vorher nicht gekannt haben: ich glaube, daß ein solcher Staat verteidigungswert ist. Das ist meine Überzeugung. Ich weiß auch, daß ich mir damit die Antipathie aller Leute, die diesen Staat stürzen wollen, die gesellschaftspolitische Veränderungen durchführen wollen, zuziehe."

Der Verleger unterstrich in diesem Zusammenhang, daß es nicht das geringste an der Staatsloyalität seines der demokratischen Mitte verpflichteten Hauses ändern würde, wenn die auch zu dieser Mitte zählende SDP allein die Regierungs-Mehrheit stellen würde.

Auf die Anti-Springer-Aktionen kleiner extremistischer Studenten-Gruppen angesprochen, unterstrich der Verleger die Notwendigkeit, zu differenzieren, auf die Gefahr, das Wort „Studenten" pauschal zu gebrauchen. Seine Zeitungen, erklärte er, seien die ersten der Bundesrepublik gewesen, die ganz energisch eine Hochschul-Reform gefordert hätten. Er habe die Sorge, daß nun „die von einer Minderheit getragene Heftigkeit" die gute Sache diskreditieren und eine Kluft zwischen Studenten und dem Volk aufreißen könnte, dessen Zustimmung zu einer Hochschul-Reform im Rahmen einer Demokratie nun einmal nötig sei.

Frage: „Wie würden Sie selbst Ihre politische Grundeinstellung definieren?"

Axel Springer: „Man hat mir häufig den Vorwurf gemacht, das Haus Springer hätte einen Rechtsruck gemacht ... Lassen wir mal rechts und links; das sind Begriffe, die wir nicht mehr gelten lassen wollen, aber die immer wieder da sind. Erlauben Sie mir, daß ich rechts und links ins Englisch übertrage: links heißt Labour und rechts Konservative. Dann kann ich nur fragen, was haben Sie gegen Winston Churchill, was haben Sie gegen Adenauer? Aber wir haben hier in Deutschland noch gar kein intaktes konservatives Lager gehabt. Wir haben vielmehr eine pervertierte Rechte gehabt, die mit Hitler unter den Schlitten gekommen ist ..." Heute, sagte der Verleger, drohe wieder Gefahr von der äußersten Rechten. Eine andere Gefahr bilde eine „ungebundene Linke", die Wandlung durch Annäherung an die totalitären östlichen Systeme suche. Sein Haus, sagte der Verleger, wende sich gegen den Extremismus von links und rechts; es sei der breiten demokratischen Mitte verpflichtet, kritisch und fördernd zugleich.

Auf die Frage, wie weit er direkt in die Redaktionen hineinregiere, erklärte Axel Springer: „Überhaupt nicht! Wir haben nur vier verbindliche Grundsätze in unserem Haus: Wiedervereinigung; Aussöhnung der Juden mit den Deutschen; Ablehnung autoritärer Regime, ob braun oder rot, sowie Fürsprache für die soziale Marktwirtschaft." Innerhalb dieser vier weit gesteckten Blöcke könnten sich die Redaktionen frei bewegen — und sie täten das auch, wie die verschiedene Beurteilung innen- und außenpolitischer Vorgänge in den verschiedenen Blättern demonstriere.

BUNTE WELT

Debray will heiraten

Der französische Publizist Regis Debray, das vom Militärgericht angeblichen Beteiligung an kommunistischen Partisanenaktionen in Bolivien eine 30-jährige Haftstrafe verbüßen muß, will ein Mädchen aus Venezuela heiraten. Das Oberkommando der bolivianischen Armee erklärte, es bestünden keine Einwände dagegen.

De Gaulle auf Tauchstation

Der französische Staatspräsident de Gaulle nahm — wie im größten Teil unserer gestrigen Ausgabe gemeldet — an einer einstündigen Unterwasserfahrt des französischen Unterseeboots „Eurydice" teil. Die Fahrt war eine letzte Ehrung für die 52 Seeleute, die wahrscheinlich mit dem verschollenen U-Boot „Minverve" untergegangen sind. Auf hoher See warf de Gaulle einen Kranz ins Mittelmeer.

HOLZ
Andresen & Jochimsen
Altona, Lippmannstr. 57—67
Eidelstedt, Kieler Str. 595

Marina Oswald Zeugin

Marina Oswald-Porter, die Witwe des angeblichen Mörders von John F. Kennedy, sagte gestern vor einem Gericht in New Orleans als Zeugin aus. Sie wurde von dem Staatsanwalt Garrison vorgeladen, der den Mordfall Kennedy wieder aufrollen will, weil er an eine Verschwörung und nicht an die Alleintäterschaft Oswalds glaubt.

Marina Oswald und ihr Mann

„Halbdiplomatisch"

Die tschechoslowakische Handelsvertretung in der Bundesrepublik wird einen offiziellen Charakter und einen „halbdiplomatischen Status" haben, erklärte der Leiter der Vertretung in Frankfurt, Handelsrat Novy, in einem Interview mit dem Prager KP-Organ „Rude Pravo".

backe besser mit Gloria Mehl

Straßenbauhilfe

Die Bundesrepublik gewährt Äthiopien eine Hilfe von 36,9 Millionen DM zur Finanzierung eines 400 Kilometer Teilstückes einer geplanten Fernstraße. Sie soll von Addis Abeba über die Grenze in die Kenia-Hauptstadt Nairobi führen.

Britische Millionäre

In Großbritannien gab es im Finanzjahr 1966/67 rund 170 Millionäre mit einem Jahreseinkommen von 100 000 Pfund oder mehr. Gegenüber dem Vorjahr war ihre Zahl um 39 gestiegen.

Gut gebrüllt

Prinz Charles, der britische Thronfolger, darf seine ausgefallene Autohupe des Typs „Rinderhorn" behalten. Der Versuch des Labour-Abgeordneten John Ranking, bei der Regierung ein Verbot von Hupen zu erwirken, „die wie das Brüllen eines Bullen klingen, der seine Kuh ruft", ist gescheitert.

Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6, Geschäftsstelle: 2000 Hbg. 36, Gänsemarkt 53, „.2 Hbg. 1, Mönckebergstr. 5, Telegr.-Abendblatt, Fernschreiber-Sammel-Nr. 02-11 898. Berliner Redaktion: Kudtzer. 50, Tel. 410 84 75. Bonner Red.: An der Heusallee 2-10, Haus VII, Tel. 2 61 81. Frankfurter Red.: Frankenallee 71/81, Tel. 23 84 34. Zonner Red.: Sachsenstr. 36, Tel. 22 19 11. Verlag u. Druck: Axel Springer & Sohn, Hamburg. Erscheint 6mal wöchentlich werktags. Inlandspreis: Frei Haus monatlich 6,20 DM (einschl. 29,5 Pf. Mehrwertsteuer und 1,50 DM Zustellkosten). Selbstabholung 5,30 DM (einschl. 25,2 Pf. Mehrwertsteuer). Postbezug 6,50 DM (einschl. 31 Pf. Mehrwertsteuer und 2,57 DM Postvertriebsgebühren). Das Bezugsgeld ist zu Beginn des Liefermonats zahlbar. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder bei höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Anzeigenpreisliste Nr. 24. — Postscheckkonto: Vertrieb u. Abonn. Hamburg 32 64, Anz. Hamburg 142 00.

Telefon 34 91 91

Polstermöbel Leder-Möbel
Die überragende internationale Auswahl zu bahnbrechenden Netto-Barkauf-Preisen!
Rollengarnituren von 350,– bis 5000,– DM
Dralonveloursgarnituren von 698,– bis 4179,– DM
Ledergarnituren von 980,– bis 5000,– DM
Freie Besichtigung zum Preisvergleich!!!
RICHTER
Größtes Polstermöbel-Spezialhaus Hamburgs
Hamburger Straße 116 bis 128 und 207
7 große eigene Hallen – 89 Schaufenster
Schenefeld bei Hamburg, Lornsenstraße 125

1000 erlesene Modelle und Spitzenerzeugnisse aus mehr als 40 Polstermöbelfabriken Europas zu wirklich bahnbrechenden Discount - Preisen
RICHTER
1000 Polstermöbel, Stilmöbel und Möbel im Schaufenster
Schenefeld bei Hamburg, Lornsenstraße 125

Stil-Polstermöbel Klub-Polstermöbel
Die überragende internationale Auswahl zu bahnbrechenden Netto-Barkauf-Preisen!
Viele hundert Stil- und Klub-Polstermöbel
Stil-Garnituren von 739,– bis 5000,– DM
Klub-Garnituren von 898,– bis 5000,– DM
Freie Besichtigung zum Preisvergleich!!!
RICHTER
Hamburgs größtes Stilpolstermöbel-Spezialhaus
Hamburger Straße 207 – am U-Bahnhof Dehnhaide
7 große eigene Hallen – 89 Schaufenster
Schenefeld bei Hamburg, Lornsenstraße 125